

Osttimor und APEC

Osttimoresen schaffen Öffentlichkeit für ihren Kampf um Selbstbestimmung – Erste Anerkennung des Widerstandes durch die indonesische Regierung

Die Konferenz der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftskooperation (APEC)¹ im November 1994 sollte für die indonesische Regierung zu dem Ereignis des Jahres werden. 18 Staats- und Regierungschefs waren zum Gipfeltreffen nach Indonesien geladen, um über den Abbau von Handels- und Investitionsbarrieren zu beraten. Rund 2.500 Journalisten aus aller Welt wurden zu dem Großereignis erwartet, und auf etwa 1.000 schätzten indonesische Behörden im Vorfeld die Anzahl der Journalisten, die ihren Aufenthalt in Indonesien auch dazu benutzen wollen, sich ein Bild von der Situation in Osttimor zu machen.²

Die Vorbereitungen zum Gipfeltreffen liefen schon seit Frühjahr 1994 auf Hochtouren: Die Regierung ließ die "Operation Sauberkeit" ausrufen. Indonesien sollte der Welt als schönes, sauberes und vor allem politisch stabiles Land präsentiert werden. Bettler und Obdachlose verschwanden aus dem Stadtbild Jakartas, und angebliche Kriminelle wurden von Polizeikräften kurzerhand erschossen.

Erinnerungen an die Todesschwadronen, die Mitte der achtziger Jahre die Straßen durchkämmten und willkürlich Menschen erschossen, wurden wach. Den Befehl "zum Schießen und Töten" erhielten sie damals vom indonesischen Präsidenten Suharto persönlich, wie dieser in seiner Biographie freimütig zugibt. Er rechtfertigt die Aktion nachträglich als wirksame Schocktherapie gegenüber kriminellen Elementen. Der Polizeichef von Jakarta bestätigte die jüngsten Erschießungen, er wies aber jede Ähnlichkeit mit den Todesschwadronen zurück und führte an, daß seine Männer aus Notwehr gehandelt hätten. "Wir wollen eine friedliche und ruhige Gesellschaft".³

Eine kritische Presse hätte eine solche Veranstaltung ebenfalls nur gestört. Kurzerhand entzog die Regierung den drei renommierten Zeitschriften *Tempo*, *Editor* und *Detik* bereits im Mai die Lizenz. (vgl. SOAI 3/94, S.44) Weil die staatlich unterstützte Vereinigung indonesischer Journalisten (Association of Indonesian Journalists PWI) nicht gegen den Lizenzentzug protestierte, gründeten am 7. August 1994 etwa 50 Journalisten die Vereinigung unabhängiger Journali-

sten (Alliance of Independent Journalists, AJI). Journalisten, die dieser Vereinigung angehören, blieb der Zugang zur APEC-Konferenz verwehrt.⁴ Mughtar Pakpahan, Führer der unabhängigen Gewerkschaft SBSI, ist rechtzeitig zum Konferenzbeginn zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden, und die Arbeit von regierungsunabhängigen Gruppen versucht die Regierung mit neuen, immer weiterreichenden Gesetzen zu behindern, wenn nicht gar zu blockieren. Störungsfrei sollte das Gipfeltreffen verlaufen.

Auch in Osttimor bereiteten die Behörden alles auf die Ankunft der Journalisten vor. Eigens flog sogar das ausländische Beratungsteam, das die indonesische Regierung zur Vorbereitung der APEC-Konferenz engagiert hatte, nach Osttimor und schulte die Behörden im Umgang mit kritischen Journalisten.

Proteste gegen die indonesische Osttimorpolitik

Doch nicht nur die Regierung und die Behörden hatten Vorkehrungen für das große Ereignis getroffen: die APEC-Konferenz fiel zeitlich fast mit dem Jahrestag des Santa-Cruz-Massakers vom 12.11.1991 zusammen. Am Vorabend der Konferenz, am besagten 12. November, gelang es 29 osttimoresischen Arbeitern und Studenten, über den Zaun der US-Botschaft in Jakarta zu klettern und dort Zuflucht zu suchen. Mit dieser Protestaktion wollten sie die Weltöffentlichkeit und den amerikanischen Präsidenten auf den seit 19 Jahren andauernden Konflikt in Osttimor aufmerksam machen. Sie forderten das Recht auf Selbstbestimmung, die Freilassung von Xanana Gusmao, des zu lebenslänglich verurteilten Führers des Nationalrates des Osttimoresischen Widerstandes (CNRM). Sie verlangten die Einhaltung der Menschenrechte und den Abzug der indonesischen Truppen aus Osttimor.

Damit nicht genug. Sie legten ihre Finger gleich auf mehrere Wunden. Sie baten US-Präsident Clinton in ihrer Petition, sich bei Präsident Suharto für eine Amnestie der indonesischen politischen Gefangenen einzusetzen, die seit fast 30 Jahren inhaftiert sind und jederzeit mit dem Vollzug der Todesstrafe rechnen müssen. Weitere Forderungen waren

Die Demonstrationen

nicht an der Demonstration teilgenommen haben, kann man sich leicht vorstellen, was sie mit denen tun, die demonstriert haben.

Es gibt Berichte von schweren Zusammenstößen zwischen Demonstranten und indonesischen Sicherheitskräften sowie zwischen Demonstranten und indonesischen Immigranten. Dili wurde weitläufig abgesperrt, der Campus geschlossen und Journalisten, denen die Behörden vorwarfen, sie hätten die Proteste provoziert, wurden ausgewiesen. Unklar ist zur Zeit noch die Zahl derer, die bei den Demonstrationen in Dili verhaftet wurden. Systematische Hausdurchsuchungen werden durchgeführt und willkürlich junge Leute verhaftet. Amnesty International und andere Menschenrechtsorganisationen fürchten um die Sicherheit der jungen Menschen.

Nicht nur in Osttimor, auch in Java und Bali macht die Polizei Hatz auf Osttimoresen. Vor allem Studenten werden als verdächtig angesehen. Sie werden auf Militärbasen gebracht, und dort über ihre Einstellung zu der Protestaktion ihrer Kollegen in der US-Botschaft verhört. Einige sind verhaftet worden. Auch haben es nicht alle der an der Aktion beteiligten Osttimoresen geschafft, sich jenseits des Zaunes der US-Botschaft in Sicherheit zu bringen. 36 Osttimoresen sind von der Polizei abgeführt und nach Ostjava ge-

"Kommen Sie nach Timor und sehen Sie, wie es wirklich ist, wir werden nichts verdecken", mit diesen Worten lud Informationsminister Harmoko die Journalisten nach Osttimor ein.¹ Und sie kamen und sahen, wie es wirklich ist.

Ein junger Osttimorese dolmetschte einem ARD-Kamerateam. Bei dem Zusammenstoß zwischen Demonstranten und Polizeikräften am 12. November half er ihnen, den Weg ins Hotel zurück zu finden. Bei dem Versuch, indonesischen Sicherheitskräften zu erklären, daß er nicht an der Demonstration teilgenommen habe, sondern nur den Journalisten behilflich gewesen sei, schlugen sie ihn vor den Augen der deutschen Journalisten brutal zusammen. Diese entzogen ihn den Sicherheitskräften und schleppten ihn zurück ins Hotel, um ihn dann ins Krankenhaus zu bringen. Philipp Short, Korrespondent der BBC: "Er war unglaublich zugerichtet. Sein ganzer Rücken war blutüberströmt, und eine Hälfte seines Gesichts war dick angeschwollen. Sie haben fast den letzten Funken Leben aus ihm rausgeprügelt – er verdankt sein Leben der deutschen Filmcrew."²

Wenn die indonesischen Sicherheitskräfte so mit Osttimoresen umgehen, die

Meinungsfreiheit, das Recht der indonesischen Arbeiter, sich zu organisieren und die Freilassung von Gewerkschaftsführern, wie Mughtar Pakpahan und Amosi Telaumbanua.⁵

Zur gleichen Zeit demonstrierten über 1.000 Osttimoresen in Dili, der Hauptstadt Osttimors. Mit diesen Aktionen haben sie den APEC-Gipfel um einen weiteren Themenkomplex bereichert: die Annexion Osttimors durch Indonesien und die andauernden Menschenrechtsverletzungen in Osttimor wie auch in Indonesien. Zwar standen bei den Gipfelteilnehmern die Wirtschaftsgespräche im Vordergrund, doch weltweit beherrschte die Aktion der Osttimoresen die Schlagzeilen.

Erneut entflammte die Diskussion, wie mit Regierungen umzugehen ist, die notorisch die Menschenrechte verletzen, aber gleichzeitig einen wirtschaftlich lukrativen Markt bieten. Präsident Clinton hat zwar Präsident Suharto nach der APEC-Konferenz gemahnt, die Menschenrechte einzuhalten, und ihm gedroht, daß sich andernfalls die Beziehungen zwischen den beiden Staaten nicht voll entwickeln könnten, doch hat dies weder die wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Staaten beeinträchtigt, noch zeigte sich die indonesische Regierung davon politisch sonderlich beeindruckt. Die US-Regierung und das Botschaftspersonal in Jakarta duldeten die



Apec-Gipfel: Gruppenbild mit Juniorpartner

aus: AW v. 23.11.1994, S. 26

Protestaktion der Osttimoresen nicht nur, sondern äußerten Verständnis, und der US-Botschafter unterstrich gegenüber den indonesischen Behörden den extritorialen Status des Botschaftsgeländes.

Die 29 Osttimoresen in der US-Botschaft haben nach 14 Tagen ihren Protest

beendet und das Angebot auf politisches Asyl in Portugal angenommen. Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes und des UN-Flüchtlingskommissariats haben sich ihrer angenommen und sie sicher zum Flughafen geleitet. Ihre Ankunft am Lissabonner Flughafen war ein einziges Freudenfest. Begeistert wurden sie von Exiltimoresen gefeiert, der portugiesische Präsident und der Außenminister schickten Vertreter.

In ersten Stellungnahmen erklärten die Osttimoresen, daß sie von Portugal aus weiter für ein Referendum in Osttimor und für die Freilassung von Xanana Gusmao kämpfen wollen. Nicht politisches Asyl in Portugal war das Ziel ihrer Aktion, vielmehr wollten sie das internationale Augenmerk auf die völkerrechtswidrige Annexion Osttimors durch Indonesien lenken und zeigen, daß der osttimoresische Widerstand der lebendig ist. Das haben sie erreicht.

der Osttimoresen

bracht worden. Wo genau sie sind, ist im Moment noch unklar.

Wie sowohl ausländische Journalisten als auch Bischof Belo ausgesagt haben, verlief die Demonstration zunächst friedlich. Die Bereitschaft zur Gewalt soll nicht von den osttimoresischen Demonstranten ausgegangen, sondern soll von indonesischen Sicherheitskräften in Zivilkleidung provoziert worden sein. Beweisen läßt sich dies kaum. BBC Korrespondent Philip Short, der die Demonstration am 12. November in Dili begleitet hat, gibt folgendes zu bedenken: "I saw plain clothes police - of course I can't prove that - but these were people in plain clothes who had been waiting around with the police and its rather hard to believe that they were anything else but plain clothes police, who let of this volley of rocks, without provocation, without the demonstrators having done anything and that's what turned the whole thing violent."³

Es wäre nicht das erste Mal, daß die indonesische Armee zu dieser Taktik greift, um Demonstranten als gewalttätig und als Gefahr für die öffentliche Ordnung zu verleumden.⁴ Damit unterstreicht sie die Notwendigkeit ihrer Anwesenheit in Osttimor: Sie schützt die Bürger vor Übergriffen gewalttätiger Demonstranten, sie ist der Garant für die Auf-

rechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Osttimor und ohne sie würde Osttimor im Bürgerkrieg versinken. Das ist eine Verkehrung von Ursache und Wirkung. Die Demonstranten agieren nicht, sie reagieren. Die Ursache der Auseinandersetzungen ist, daß die indonesische Armee vor 19 Jahren in Osttimor einmarschierte und es seitdem besetzt hält.

M.S.

Anmerkungen:

- 1 Informationsminister Harmoko gegenüber der indonesischen Tageszeitung Kompas, zit. nach Canberra Times, 27.09.1994
- 2 BBC World Service, News hour, 18.11.1994, Philipp Short in Dili; Weltspiegel, ARD, 20.11.1994
- 3 BBC World Service, News hour, 18.11.1994, Philipp Short in Dili
- 4 Das gleiche Vorgehen, wie bei der Demonstration vom 14.07.1994 in Dili, oder bei den Arbeiterprotesten in Medan im April dieses Jahres. Dort hatte der Geheimdienst Provokateure in die Menschenmenge geschleust, die Anti-chinesische Gewaltausbrüche provoziert haben, um von den eigentlichen Anliegen der Arbeiter abzulenken und die Arbeiterbewegung als rassistisch zu diffamieren. vgl. Watch Indonesia!, August 1994, S.18; Human Rights Watch/Asia: The Limits of Openness, Human Rights Violation in Indonesia and East Timor, Chapter V. Labor Rights: The Medan Demonstration, 1994.

Osttimor - Kolonie Indonesiens

Osttimor zeigt heute alle klassischen Symptome kolonialer Beherrschung: Die timoresische Bevölkerung ist in der Mehrheit nicht nur vom politischen, sondern auch vom wirtschaftlichen Prozeß des Landes ausgeschlossen. Die indonesische Regierung argumentiert gerne, daß ihre Herrschaft über Osttimor gerechtfertigt sei, weil sie enorme Summen in den Aufbau der "Provinz" stecke und so zur "Entwicklung" (pembangunan) beigetragen habe, und zwar auf eine Art und Weise, wie es Portugal in 400 Jahren Kolonialherrschaft nicht vermocht habe.

Der Vertrieb von Exportprodukten ist fest in der Hand von Firmen, hinter denen sich ranghohe Vertreter der indonesischen Armee verbergen. Um die indonesische Herrschaft auf Osttimor zu stabilisieren und vollendete Tatsachen zu schaffen, fördert die Regierung den Zu- zug von Indonesiern. Auf ca. 100.000 wird die Zahl der Neusiedler geschätzt, die sich in Osttimor inzwischen angesiedelt haben und die die Osttimoresen vor allem im wirtschaftlichen Bereich mehr und mehr an den Rand drängen.

Überlegenheitsdenken bestimmt die Haltung der Immigranten gegenüber der osttimoresischen Bevölkerung, ein Überlegenheitsdenken, das von den lokalen Behörden und der Regierung vorgegeben und gefördert wird. Die Lebensweise der Osttimoresen wird als primitiv und unzivilisiert angesehen. Für die lokalen Behörden sind die Osttimoresen eine Belastung, denn sie behindern

sten gegen die indonesische Fremdherrschaft. Sie strafen die indonesische Propaganda von einer erfolgreichen Integration Lügen.

Selbst innerhalb der APODETI, die ursprünglich vehement für die Integration war und eng mit den indonesischen Behörden zusammenarbeitet, wächst die Unzufriedenheit. Wie der osttimoresische Bischof Belo in einem Videointerview sagte, vertreten einige Mitglieder der APODETI inzwischen die Auffassung, daß das, was die indonesische Regierung als Integration bezeichnet, nichts mit der Integration gemein hat, wie sie die APODETI einst vertreten hat: Integration nämlich verbunden mit Autonomie und einer Anerkennung durch die Vereinten Nationen. Das, was Indonesien als Integration bezeichnet, sei nichts weiter als eine militärische Annexion.⁷

Auch der Gouverneur von Osttimor, Abilio Soares, macht sich für Autonomie

indonesischen Repressionsapparat zum Trotz wieder gewagt haben, für ihr Recht auf Selbstbestimmung auf die Straße zu gehen. Und nicht erst seit dem Santa-Cruz-Massaker ist klar, daß sie dabei ihr Leben aufs Spiel setzen.

Die indonesische Regierung ist sich sehr wohl darüber klar, daß ein Abzug der indonesischen Truppen oder auch nur eine Lockerung der Herrschaft nicht zur Entspannung der Situation führen würde. Vielmehr steht zu erwarten, daß die Protestaktionen gegen die Fremdherrschaft dann noch zunehmen werden und die Rufe nach einem Referendum, nach Unabhängigkeit und Demokratie laut und deutlich über den Archipel schallen werden. Das möchte die Regierung auf jeden Fall verhindern, denn es könnte die ohnehin brüchige Ordnung in Indonesien zum Einstürzen bringen. Da nimmt sie durchaus in Kauf, daß die Auseinandersetzungen in Osttimor den APEC-Gipfel überschatten. Ohnmacht hatte sich einst über das Land und seine Menschen gelegt, doch in den letzten Jahren befreien sich immer mehr Menschen aus dieser Ohnmacht, sie schütteln sie ab und setzen sich mit allen Kräften für das ein, was ihnen wichtig ist: eine menschenwürdige Zukunft.



Dieser Osttimorese gelangte nicht mehr in die US-Botschaft aus: FEER v. 24.11.1994, S. 16

die indonesischen Entwicklungsbestrebungen. Nach der APEC-Konferenz sagte der indonesische Präsident Suharto vor Veteranen des indonesischen Unabhängigkeitskampf: "Je mehr Osttimoresen weggehen, um so dankbarer sind wir."⁶

Wachsender gewaltloser Widerstand

Seit der Öffnung Osttimors für ausländische Besucher 1989 hat sich neben dem bewaffneten Widerstand eine neue Art gewaltlosen Widerstands formiert. In der ersten Reihe stehen vor allem Jugendliche und Studenten, die unter indonesischer Herrschaft aufgewachsen sind und das indonesische Erziehungswesen durchlaufen haben oder noch durchlaufen. Trotz Demonstrationsverbot und massiver Einschüchterung nützen sie jede Gelegenheit zu öffentlichen Prote-

stark. Doch es gibt unterschiedliche Auffassung darüber, was Autonomie bedeutet. Abilio Soares, und auch Vertreter der APODETI, verstehen unter Autonomie größere Freiheit und mehr Entscheidungsbefugnis innerhalb Indonesiens, und eine Provinzregierung, in der Osttimoresen dominieren. Nach Auffassung von Bischof Belo bedeutet Autonomie für die Mehrheit der Osttimoresen den ersten Schritt auf dem Weg zur Selbstbestimmung. Im Gespräch mit US-Präsident Clinton stellte Suharto nun klar, daß es keinen speziellen Autonomie-Status für die "Provinz" Osttimor geben wird. In indonesischen Regierungskreisen war kürzlich zu hören, daß nach ihrer Einschätzung ein Akzeptieren der Integration erst nach drei Generationen zu erwarten sei.

Wie schlimm die Situation in Osttimor tatsächlich sein muß, läßt sich schon daran messen, daß Osttimoresen es dem

Verhandlungen zwischen indonesischer Regierung und Widerstand

Dabei gab es für Osttimor gerade in jüngster Zeit Hoffnung auf eine Verbesserung der Lage. Auf internationalem Parkett hat die indonesische Regierung in den letzten Monaten einige beachtliche Schritte unternommen: Erstmals seit der indonesischen Invasion in Osttimor im Jahre 1975 kam es zu einem offiziellen Treffen zwischen einem indonesischen Regierungsvertreter und einem Vertreter des Nationalrates des osttimoresischen Widerstandes. Dies kam einer Anerkennung des Widerstandes gleich, denn bislang waren die osttimoresischen politischen Gruppierungen von den Gesprächen zwischen Indonesien und Portugal ausgeschlossen. Die Gespräche finden unter Schirmherrschaft der UN statt.

José Ramos-Horta (CNRM) und seine Begleiter Joao Carrascalao (UDT) und José Luís Guterres (FRETILIN) kamen am 6. Oktober mit dem indonesischen Außenminister Ali Alatas in New York zu einem offiziellen Treffen zusammen. Erst zwei Tage vor dem Treffen war die Nachricht eingetroffen, daß der inhaftierte Führer des Nationalrates, Xanana Gusmao, seine Zustimmung dazu gegeben hatte. Xanana Gusmao wurde vor zwei Jahren gefangen genommen und ist von einem indonesischen Gericht – das er nicht anerkannt hat –, zu lebenslänglicher Haft wegen Rebellion und Waffenbesitz verurteilt worden.

Seine Popularität in Osttimor ist vergleichbar mit der Popularität Nelson Mandelas in Südafrika. Doch nicht nur der Vergleich mit Nelson Mandela drängt sich auf, sondern auch der Vergleich mit Sukarno, dem Führer der indonesischen Unabhängigkeitsbewegung und ersten Präsidenten der Republik Indonesien. Sukarnos Ziel hieß Freiheit für Indonesien, und die niederländische Kolonialadministration hat ihm dafür mehrmals den Prozeß gemacht.

Ramos-Hortas Forderung, Xanana Gusmao aus dem Gefängnis zu entlassen, wies Ali Alatas zurück. Überhaupt könnten ihre Auffassungen nicht weiter auseinander liegen. Die indonesische Regierung vertritt die Ansicht, die Mehrheit der Osttimoresen hätte sich für die Integration entschieden und beansprucht die Herrschaft über das Gebiet. Nach Auffassung des osttimoresischen Nationalrates (CNRM) blieb den Osttimoresen das Recht auf Selbstbestimmung bislang verwehrt. Trotz seines Rückzugs im Jahre 1975 ist völkerrechtlich gesehen Portugal immer noch die Verwaltungsmacht von Osttimor.

Der CNRM hat zur Lösung des Konflikts einen dreistufigen Plan vorgelegt. Phase 1 (1-2 Jahre) sieht vor, die Vertreter der Osttimoresen an den Gesprächen zwischen Portugal und Indonesien unter UN-Schirmherrschaft zu beteiligen. Zug um Zug soll Osttimor unter Aufsicht der UN entmilitarisiert werden, und UN-Organisationen und Internationales Rotes Kreuz sollen ungehinderten Zugang haben. Als zweites ist eine fünfjährige Phase der Autonomie vorgesehen. Mit Hilfe und unter Aufsicht der UN sollen demokratische Institutionen eingeführt und eine osttimoresische Regierung gewählt werden. In der dritten Phase soll dann ein Referendum abgehalten werden, zu dem alle in Osttimor lebenden Menschen wahlberechtigt sind.

Wenngleich das Gespräch zwischen Ali Alatas und den Vertretern der Osttimor-Bewegung zu keinem nennenswerten Ergebnis führte - kein osttimoresischer Gefangener wurde freigelassen, kein indonesischer Soldat abgezogen -, so ist doch die Tatsache an sich beachtenswert, daß überhaupt ein Gespräch stattfand. Zufrieden zeigte sich auch Francese Vendrell, Direktor des UN-Büros für die Region Ostasien und Pazifik: "Wir sind sehr glücklich, daß die beiden Seiten es nach 19 Jahren geschafft haben, sich an einen Tisch zu setzen und zu reden. Das ist ohne Zweifel ein bedeutsamer Schritt vorwärts."⁸ Ein weiteres Gespräch wurde nicht vereinbart, aber auch nicht ausgeschlossen.

Schon im August dieses Jahres besuchten Vertreter des indonesischen militärischen Informationsdienstes Xanana Gusmao im Gefängnis und erörterten mit ihm die Möglichkeit eines Referendums, und Präsident Suharto stellte sogar ein

Treffen mit Vertretern der Osttimor-Bewegung in Aussicht. Gleichzeitig setzt die indonesische Regierung weiterhin auf die Spaltung der Osttimor-Bewegung, (siehe Interview mit Aditijondro, S. 40), und ihre Aktivitäten auf internationalem Parkett führten auch nicht zu einer erkennbaren Veränderung ihrer Politik in Osttimor. Sollte die indonesische Regierung mit ihrer Gesprächsbereitschaft und ihren Angeboten nur die internationale Kritik und die Unzufriedenheit der Menschen in Osttimor beschwichtigen wollen, damit der APEC-Gipfel nicht gestört wird, so könnte sie jetzt in Zugzwang geraten.

Internationale Reaktionen

Am 12. November, zum dritten Jahrestag des Santa Cruz-Massakers, gab der südafrikanische Erzbischof Desmond Tutu die folgende Erklärung ab: "On March 21, 1980, the atrocities of Sharpeville happened. The world was outraged and from that time on the world decided it had to do something and today apartheid has ended. On November 12, 1991, the outrage outside the cemetery at Santa Cruz happend. The world must be outraged and the world must take action. East Timor must be free."⁹

Die deutsche Regierung nimmt für sich in Anspruch, daß sie mit ihrem kritischen, aber nicht-konfrontativ geführten Dialog mit der indonesischen Regierung punktuell auf eine Verbesserung der Lage in Osttimor hingewirkt hat. Der US-Senat hat diese Jahr beschlossen, Indonesien wegen der anhaltenden Menschenrechtsverletzungen in Osttimor keine Handfeuerwaffen mehr zu liefern. Wegen der Ereignisse während des APEC-Gipfels beriet der US-Kongreß nun über ein weiterreichendes Exportverbot und die Notwendigkeit, Waffenexporte stärker mit der Frage nach Menschenrechtsverletzungen zu verknüpfen. Auf einer Pressekonferenz für ausländische Journalisten am 19. November gab der Chef der indonesischen Streitkräfte (ABRI), Feisal Tanjung, bekannt, daß Indonesien mit Deutschland über Waffenkäufe in Verhandlung steht und sehr zufrieden sei mit den kürzlich überführten 39 Kriegsschiffen aus NVA-Beständen.¹⁰

Monika Schlicher

Die Verfasserin ist Mitarbeiterin am Südasiens-Institut der Universität Heidelberg und promoviert über die portugiesische Kolonialherrschaft in Osttimor.

Anmerkungen:

- zur asiatisch-pazifischen Wirtschaftskooperation (APEC) zählen die Anrainerstaaten des Pazifiks: Australien, Brunei, Chile, VR China, Hongkong, Indonesien, Japan, Kanada, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Papua-Neuguinea, Philippinen, Singapur, Südkorea, Taiwan, Thailand und die USA

- Jakarta Post, 15. Oktober 1994
- TAPOL: Death squads on the rampage again, No. 122, April 1994, S. 16
- zur Situation der Presse s. Article 19, the International Centre Against Censorship: The Press Under Siege, Censorship In Indonesia, London, November 1994
- East Timorese workers' and students' petition to President Clinton on 12 November 1994
- Antara Meldung vom 23.11.1994; O Publico, 24.11.1994
- Abschrift eines Video-Interviews mit Bischof Belo von CNRM, 2.10.1994
- Expresso, 8.10.1994, S. 7, Tony Jenkins: Timor-Leste: o diálogo das divergencias
- Botschaft von Erzbischof Desmond Tutu zum dritten Jahrestag des Santa Cruz Massakers am 12.11.1994
- Reuter, 19.11.1994

- Anzeige -

WAS TUN?

Seit 19 Jahren unterstützt die Rote Hilfe e.V. politisch Verfolgte in der BRD.

Als bundesweite parteiunabhängige Organisation mit mehreren Ortsgruppen in der BRD versuchen wir unserem Anspruch - eine Schutzorganisation für die gesamte Linke zu sein - durch die praktische Organisation von Solidarität, Prozeßkostenunterstützung, Veranstaltungen, Informationen zur politischen Repression u.a. gerecht zu werden. Die Mitglieder der Roten Hilfe sorgen mit ihren Beiträgen und Spenden für die Finanzierung von Anwalts- und Prozeßkosten von AntifaschistInnen, Totalverweigerern, HausbesetzerInnen, DemonstrantInnen und anderen, die wegen ihrer politischen Betätigung kriminalisiert werden.

Vierteljährlich erscheint **DIE ROTE HILFE**, die über politische Prozesse und die Entwicklung des Repressionsapparates informiert. **DIE ROTE HILFE** gibt es für 2,50 DM in vielen Buch- und Infoläden oder gegen 4,- DM (15,- DM /Abo 1 Jahr) in Briefmarken bei u.a. Adresse.

Rote Hilfe
Postfach 6444
24125 Kiel
Tel/Fax: 0431 / 7 51 41



WAS TUN!